

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1993

Ausgegeben am 16. Juli 1993

176. Stück

472. Kundmachung: Geltungsbereich des Abkommens über den Straßenverkehr (Genf 1949)
473. Kundmachung: Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Adoption von Kindern
474. Kundmachung: Kündigung des Abkommens zwischen dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten und dem Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich einerseits und der Regierung der Republik Türkei andererseits über die Anerkennung von Zeugnissen über den Ursprung und die handwerkliche Herstellung von Waren zum Zwecke der zollfreien oder zollermäßigten Einfuhr nach Österreich
475. Kundmachung: Widerruf von zwei Vereinbarungen zwischen dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr der Republik Österreich und dem Verkehrsminister der Volksrepublik Polen nach Rn. 2010 des ADR
476. Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr der Republik Österreich gemäß Rn. 2010 des ADR über Verpackungen für Stoffe der Klasse 4.2 Ziffern 31 a) und 32 a)
477. Zweite Zusatzvereinbarung zur Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens über Soziale Sicherheit zwischen der Republik Österreich und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland

472. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Abkommens über den Straßenverkehr (Genf 1949)

Nach Mitteilungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen haben folgende weitere Staaten ihre Beitrittsurkunden zu dem in Genf am 19. September 1949 abgeschlossenen Abkommen über den Straßenverkehr (BGBl. Nr. 222/1955, letzte Kundmachung des Geltungsbereichs BGBl. Nr. 278/1976) hinterlegt:

Staaten	Datum der Hinterlegung der Beitrittsurkunde
Bangladesch	6. Dezember 1978
Papua-Neuguinea	12. Februar 1981

Gemäß Abs. 3 des Anhangs 4 haben diese Staaten als gewählte Unterscheidungszeichen mitgeteilt:

	Buchstabengruppe
Bangladesch	BD
Papua-Neuguinea	PNG

Anlässlich der Hinterlegung der Beitrittsurkunde hat Papua-Neuguinea folgende Vorbehalte erklärt bzw. Erklärung abgegeben:

1. Gemäß Art. 2 Abs. 1 sind die Anhänge 1 und 2 von der Anwendung des Abkommens ausgenommen.

2. In Zusammenhang mit Art. 24 behält sich die Regierung von Papua-Neuguinea das Recht vor, Personen die Führung eines anderen als eines vorübergehend in das Gebiet von Papua-Neuguinea eingeführten Kraftfahrzeuges nicht zu gestatten, wenn

- a) das Kraftfahrzeug zur Personenbeförderung gegen Miete oder gegen Entgelt verwendet wird und
- b) der Führer eines solchen Kraftfahrzeuges entsprechend den Gesetzen von Papua-Neuguinea verpflichtet wäre, im Besitz eines besonderen Berufsführerscheins zu sein.

3. Gemäß Anhang 6 Abschnitt IV lit. b des Abkommens behält sich die Regierung von Papua-Neuguinea das Recht vor, an Zugfahrzeugen nur einen Anhänger, an Sattelfahrzeugen jedoch keinen Anhänger zuzulassen. Ferner werden Sattelfahrzeuge nicht zur Personenbeförderung gegen Miete oder Entgelt zugelassen.

Einer weiteren Mitteilung des Generalsekretärs zufolge hat das Vereinigte Königreich am 7. Oktober 1981 gemäß Abs. 3 des Anhangs 4 als Unterscheidungszeichen für die Insel Man die Buchstabengruppe „GBM“ ausgewählt.

Vranitzky

473. Kundmachung des Bundeskanzlers betreffend den Geltungsbereich des Europäischen Übereinkommens über die Adoption von Kindern

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Europarates hat Rumänien am 18. Mai 1993 seine Beitrittsurkunde zum Europäischen Übereinkommen über die Adoption von Kindern (BGBl. Nr. 314/1980, letzte Kundmachung des Geltungsbereiches BGBl. Nr. 691/1990) hinterlegt.

Anlässlich der Hinterlegung der Beitrittsurkunde hat Rumänien nachstehenden Vorbehalt erklärt bzw. Erklärung abgegeben:

Gemäß den Bestimmungen des Art. 25 Abs. 1, wonach die Vertragsparteien zu den Bestimmungen des Teils II höchstens zwei Vorbehalte machen können, erklärt Rumänien, daß es die Bestimmungen in Art. 7, denen zufolge das Mindestalter des Annehmenden nicht unter 21 Jahren und nicht über 35 Jahren liegen darf, nicht anwenden wird, da das Mindestalter auf Grund der rumänischen Gesetzeslage 18 Jahre beträgt und keine Obergrenze besteht.

Gemäß den Bestimmungen des Art. 2, wonach die Vertragsparteien ermächtigt sind, zu entscheiden, welche Bestimmungen des Teils III in Betracht kommen, erklärt Rumänien, daß es den Artikeln 18, 19 und 20 Wirksamkeit verleiht.

Vranitzky

474. Kundmachung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten und des Bundesministers für Finanzen betreffend die Kündigung des Abkommens zwischen dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten und dem Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich einerseits und der Regierung der Republik Türkei andererseits über die Anerkennung von Zeugnissen über den Ursprung und die handwerkliche Herstellung von Waren zum Zwecke der zollfreien oder zollermäßigten Einfuhr nach Österreich

Auf Grund des § 2 Abs. 2 des Bundesgesetzes über das Bundesgesetzblatt 1985, BGBl. Nr. 200, wird kundgemacht:

Das Abkommen zwischen dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten und dem Bundesminister für Finanzen der Republik Österreich einerseits und der Regierung der Republik Türkei andererseits über die Anerkennung von Zeugnissen über den Ursprung und die handwerkliche Herstellung von Waren zum Zwecke der zollfreien oder zollermäßigten Einfuhr nach Österreich (BGBl. Nr. 328/1976), wurde gemäß seinem Artikel 5 von Österreich mit Note vom 22. September 1992 gekündigt und tritt gemäß derselben Bestimmung mit Ablauf des 30. Juni 1993 außer Kraft.

Schüssel Lacina

475. Kundmachung des Bundesministers für öffentliche Wirtschaft und Verkehr betreffend den Widerruf von zwei Vereinbarungen zwischen dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr der Republik Österreich und dem Verkehrsminister der Volksrepublik Polen nach Rn. 2010 des ADR

Gemäß § 2 Abs. 2 des Bundesgesetzes über das Bundesgesetzblatt 1985, BGBl. Nr. 200, wird kundgemacht:

Die Vereinbarungen zwischen dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr der Republik Österreich und dem Verkehrsminister der Volksrepublik Polen nach Rn. 2010 des ADR

1. über die Beförderung von Peressigsäure in unterschiedlichen Zusammensetzungen (BGBl. Nr. 564/1989),
2. über die Beförderung von Peressigsäure mit höchstens 40% Peressigsäure in Kombinationsverpackungen (Kunststoff) (BGBl. Nr. 565/1989)

sind auf Grund der mit 1. Jänner 1993 in Kraft getretenen Änderungen der Anlage A und B des Europäischen Übereinkommens über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR^{*)}) obsolet und nach Herstellung des beiderseitigen Einverständnisses mit diesem Tag widerrufen worden.

^{*)} Kundgemacht in BGBl. Nr. 164/1993

Klima

476.

(Übersetzung)

ACCORD

entre le Ministre des Transports de la République Fédérale d'Allemagne et le Ministre Fédéral de l'Economie Publique et des Transports de la République d'Autriche au titre du marginal 2010 de l'ADR relatif aux emballages pour les matières de la classe 4.2, chiffres 31 a) et 32 a)

(1) Par dérogation aux prescriptions des marginaux 2433 (2) phrases 1 et 3 ainsi que 3520 et 3521 de l'annexe A de l'ADR, les matières de la classe 4.2, chiffres 31 a) et 32 a) peuvent également être transportées par transports routiers dans des emballages combinés dont

- l'emballage extérieur est un fût en acier selon marginal 3520 (1A2) respectivement un fût en aluminium selon marginal 3521 (1B2).

La masse brute de cet emballage ne doit pas être supérieure à 125 kg.

Un colis peut renfermer plusieurs emballages intérieurs.

(2) L'expéditeur devra porter dans le document de transport la mention supplémentaire suivante: «Transport convenu aux termes du marginal 2010 de l'ADR.»

(3) Le présent accord s'applique jusqu'à sa révocation par une des Parties contractantes aux transports effectués entre la République fédérale d'Allemagne et l'Autriche.

Vienne, le 21 juin 1993

Pour le Ministre Fédéral de l'Economie Publique et des Transports de la République d'Autriche:

Kafka

Bonn, le 5 mai 1993

L'Autorité compétente pour l'ADR de la République fédérale d'Allemagne:

Pour le Ministre fédéral des Transports:

Hoffmann

VEREINBARUNG

zwischen dem Bundesminister für Verkehr der Bundesrepublik Deutschland und dem Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr der Republik Österreich gemäß Rn. 2010 des ADR über Verpackungen für Stoffe der Klasse 4.2 Ziffern 31 a) und 32 a)

(1) Abweichend von den Vorschriften der Rn. 2433 Abs. 2 Sätze 1 und 3 sowie 3520 und 3521 der Anlage A des ADR dürfen für Stoffe der Klasse 4.2 Ziffer 31 a) und 32 a) im grenzüberschreitenden Straßenverkehr auch zusammengesetzte Verpackungen verwendet werden, bei denen

- die Außenverpackung aus einem Faß aus Stahl nach Rn. 3520 (1A2) bzw. aus Aluminium nach Rn. 3521 (1B2) besteht.

Die Bruttomasse dieser Verpackung darf 125 kg nicht überschreiten.

Ein Versandstück darf mehrere Innenverpackungen enthalten.

(2) Im Beförderungspapier hat der Absender zusätzlich zu vermerken: „Beförderung vereinbart nach Rn. 2010 des ADR.“

(3) Diese Regelung gilt im Verkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Österreich bis auf Widerruf durch eine der Vertragsparteien.

Wien, den 21. Juni 1993

Für den Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr der Republik Österreich:

Kafka

Bonn, den 5. Mai 1993

Die für das ADR zuständige Behörde der Bundesrepublik Deutschland:

Der Bundesminister für Verkehr:
Im Auftrag:

Hoffmann

Vranitzky

477.

ZWEITE ZUSATZVEREINBARUNG**ZUR VEREINBARUNG ZUR DURCHFÜHRUNG DES ABKOMMENS ÜBER SOZIALE SICHERHEIT ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DEM VEREINIGTEN KÖNIGREICH VON GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND**

Auf Grund des Artikels 32 Absatz 1 des Abkommens über Soziale Sicherheit zwischen der Republik Österreich und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland *) haben die zuständigen Behörden der beiden Vertragsparteien zur Änderung der Vereinbarung vom 10. November 1980 **) zur Durchführung dieses Abkommens in der Fassung der Zusatzvereinbarung vom 26. März 1986 ***) folgendes vereinbart:

Artikel I

In dieser Zusatzvereinbarung bedeutet der Ausdruck „Vereinbarung“ die am 10. November 1980 in Newcastle upon Tyne geschlossene Vereinbarung zur Durchführung des Abkommens über Soziale Sicherheit zwischen der Republik Österreich und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland in der Fassung der am 26. März 1986 in Wien geschlossenen Zusatzvereinbarung.

Artikel II

1. Artikel 1 Absatz 1 Ziffer i der Vereinbarung erhält folgende Fassung:

„i) bedeutet der Ausdruck „Abkommen“ das am 22. Juli 1980 in Wien geschlossene Abkommen über Soziale Sicherheit zwischen der Republik Österreich und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland in der jeweils geltenden Fassung;“

2. a) Im Artikel 2 Absatz 1 Ziffer i Buchstabe c der Vereinbarung wird der Ausdruck „Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsumentenschutz, Wien“ durch den Ausdruck „Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie, Wien“ ersetzt.

SECOND SUPPLEMENTARY ARRANGEMENT**TO THE ARRANGEMENT FOR THE IMPLEMENTATION OF THE CONVENTION ON SOCIAL SECURITY BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND**

In accordance with the provisions of Article 32 (1) of the Convention on Social Security between the Republic of Austria and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the competent authorities of both Contracting Parties have agreed to amend the Arrangement of 10 November 1980 for the implementation of this Convention as amended by the Supplementary Arrangement of 26 March 1986 as follows:

Article I

For the purposes of this Supplementary Arrangement, „Arrangement“ means the Arrangement for the Implementation of the Convention on Social Security between the Republic of Austria and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland signed at Newcastle upon Tyne on 10 November 1980 as amended by the Supplementary Arrangement signed at Vienna on 26 March 1986.

Article II

1. Sub-paragraph (i) of paragraph (1) of Article 1 of the Arrangement shall be deleted and the following substituted:

“(i) “Convention” means the Convention on Social Security between the Republic of Austria and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland signed at Vienna on 22 July 1980 as amended or as will be amended;”

2. (a) In sub-paragraph (i) (c) of paragraph (1) of Article 2 of the Arrangement the words “Federal Ministry for Family, Youth and Consumer Protection, Wien” shall be replaced by the words “Federal Ministry for the Environment, Youth and the Family, Wien”.

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 117/1981

**) Kundgemacht in BGBl. Nr. 118/1981

***) Kundgemacht in BGBl. Nr. 437/1987

b) Artikel 2 Absatz 1 Ziffer ii der Vereinbarung erhält folgende Fassung:

„ii) im Vereinigten Königreich

a) in Großbritannien

in allen Fällen ausgenommen für die Artikel 5 bis 8 und 29 des Abkommens sowie für die Erstellung des Versicherungsverlaufes hinsichtlich von Geldleistungen bei Krankheit, Geldleistungen bei Mutterschaft und Geldleistungen bei Arbeitslosigkeit:

Department of Social Security, Overseas Branch, Newcastle upon Tyne; für die Artikel 5 bis 8 des Abkommens und für die Erstellung des Versicherungsverlaufes hinsichtlich von Geldleistungen bei Krankheit, Geldleistungen bei Mutterschaft und Geldleistungen bei Arbeitslosigkeit:

Contributions Agency, Overseas Contributions (EC) (RA), Department of Social Security, Newcastle upon Tyne;

für Artikel 29 des Abkommens:

Newcastle Benefits Directorate, Child Benefit Centre (Washington), Newcastle upon Tyne;

b) in Nordirland die Social Security Agency, Overseas Branch, Belfast, Northern Ireland;

c) auf der Insel Man das Department of Health and Social Security of the Isle of Man, Douglas, Isle of Man;

d) in Jersey das States of Jersey Social Security Department, St. Helier, Jersey, Channel Islands;

e) in Guernsey die States Insurance Authority, St. Peter Port, Guernsey, Channel Islands.“

(b) Sub-paragraph (ii) of paragraph (1) of Article 2 of the Arrangement shall be deleted and the following substituted:

“(ii) in the United Kingdom:

(a) in Great Britain

for all contingencies except Articles 5 to 8 and 29 of the Convention, the provision of insurance records for sickness benefit, maternity benefit and unemployment benefit,

Department of Social Security, Overseas Benefits Directorate, Newcastle upon Tyne;

for Articles 5 to 8 of the Convention and to provide insurance records for sickness benefit, maternity benefit and unemployment benefit,

Contributions Agency, Overseas Contributions (EC) (RA), Department of Social Security, Newcastle upon Tyne;

for Article 29 of the Convention, Newcastle Benefits Directorate, Child Benefit Centre (Washington), Newcastle upon Tyne;

(b) in Northern Ireland, Social Security Agency, Overseas Branch, Belfast, Northern Ireland;

(c) in the Isle of Man, Department of Health and Social Security of the Isle of Man, Douglas, Isle of Man;

(d) in Jersey, the States of Jersey Social Security Department, St. Helier, Jersey, Channel Islands;

(e) in Guernsey, the States Insurance Authority, St. Peter Port, Guernsey, Channel Islands.”

Artikel III

Diese Zusatzvereinbarung tritt gleichzeitig mit dem am 13. Oktober 1992 in London geschlossenen Zweiten Zusatzabkommen zum Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Königreich von Großbritannien und Nordirland über Soziale Sicherheit *) in Kraft.

GESCHEHEN zu London, am 4. Juni 1993 in zwei Urschriften in deutscher und englischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen authentisch sind.

Für den Bundesminister für Arbeit und Soziales:

Dr. Josef Schuh

Article III

This Supplementary Arrangement shall enter into force at the same time as the Second Supplementary Convention to the Convention on Social Security between the Republic of Austria and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland signed in London on 13 October 1992.

DONE in duplicate at London, this 4th day of June 1993 in the German and English languages, both texts being equally authoritative.

On behalf of the Federal Minister for Labour and Social Affairs:

Dr. Josef Schuh

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 50/1993

Für den Bundesminister für Umwelt, Jugend und
Familie:

Dr. Rupert Schredl

On behalf of the Federal Minister for the
Environment, Youth and the Family:

Dr. Rupert Schredl

Für das Ministerium für Soziale Sicherheit für
Großbritannien, für das Ministerium für Gesundheit
und Sozialdienste für Nordirland, für das Ministe-
rium für Gesundheit und Soziale Sicherheit der
Insel Man, für den Ausschuß für Soziale Sicherheit
des Staates Jersey und für die Versicherungsbehörde
des Staates Guernsey:

Colin Percy

On behalf of the Department of Social Security for
Great Britain; the Department of Health and Social
Services for Northern Ireland; the Isle of Man
Department of Health and Social Security; the
Social Security Committee of the States of Jersey;
and for the States of Guernsey Insurance Authority:

Colin Percy

Die Zusatzvereinbarung ist gemäß ihrem Art. III mit 31. Dezember 1992 in Kraft getreten.

Vranitzky

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der **Bezugspreis** des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 3000 Seiten S 1 259,— inklusive 10% Umsatzsteuer für Inlands- und S 1 359,— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Der Bezugspreis kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verkaufspreises von S 2,— inklusive 10% Umsatzsteuer für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 10,— inklusive 10% Umsatzsteuer für das Stück, im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 797 89/295 oder 327 Durchwahl, sowie bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 1010 Wien, Kohlmarkt 16, Tel. 531 61.

Bezugsanmeldungen werden von der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 797 89/294 Durchwahl, entgegengenommen.

Als Bezugsanmeldung gilt auch die Überweisung des Bezugspreises oder seines ersten Teilbetrages auf das Postscheckkonto Wien Nr. 7.272.800. Die Bezugsanmeldung gilt bis zu einem allfälligen schriftlichen Widerruf. Der Widerruf ist nur mit Wirkung für das Ende des Kalenderjahres möglich. Er muß, um wirksam zu sein, spätestens am 15. Dezember bei der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, einlangen.

Die **Zustellung** des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, den Bezugspreis umgehend zu überweisen.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 797 89/294 Durchwahl, anzufordern. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verkaufspreises abgegeben.